



Flüchtlinge

Vorurteile Fakten Antworten



Die Mär vom kriminellen Ausländer

Entgegen Vorurteilen begehen Migranten ähnlich viele Straftaten wie Deutsche, bei Gewalttaten liegen sie aber vorn. Die Faktenlage ist etwas dünn. Kriminologen nutzen Hilfsmittel, um zu belastbaren Aussagen zu kommen.

Von Andre Dolle

Braunschweig. Mit Kriminalität lassen sich leicht Emotionen schüren. Das gilt besonders, wenn es um Migranten und Kriminalität geht. Populisten nutzen dies europaweit aus.

Nach einem Blick in die Statistiken lässt sich jedoch nicht behaupten, dass Migranten in Deutschland besonders kriminell sind. Das bestätigt Dirk Baier, stellvertretender Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen. „Die These, nach der Migranten krimineller sind als Deutsche, kann nicht bestätigt werden“, erklärt Baier. Der Hannoveraner hat im Zuge der Pegida-Demos eigens einen wissenschaftlichen Aufsatz verfasst, der sich um das Thema dreht.

Der Ansicht Baiers ist auch Christian Walburg vom Institut für Kriminalwissenschaften der Universität Münster. Walburg hat im Juli 2014 ein Gutachten unter dem Titel „Migration und Jugenddelinquenz“ vorgelegt. Jung, männlich, delinquent: Walburg zeigt, dass dieses weit verbreitete Klischee des kriminellen Migranten ein Mythos ist.

Allerdings ist die Faktenlage, auf die sich Baier und Walburg stützen, etwas dünn. Die meisten Kriminalstatistiken unterscheiden nur zwischen Deutschen und Ausländern. Ob ein Verdächtiger einen Migrationshintergrund hat, wird nicht erfasst. Ebenso wird oft nicht erfasst, ob es sich um einen seit langem in Deutschland lebenden Ausländer oder um einen Flüchtling handelt.

Zieht man nur die Polizeiliche Kriminalstatistik heran, liegt der Anteil ausländischer Tatverdächtiger über dem der Deutschen. Diese Statistik verzerrt das Bild allerdings immens. Es ist ja auch nicht die Aufgabe der Polizei, den Wissenschaftlern die Daten an die Hand zu liefern. Die Polizei-Statistik wird allerdings von Rechts- und Populisten wie denen der AfD aus



Ausländer sind – entgegen Vorurteilen – nicht signifikant krimineller als Deutsche. Gewalttaten verüben sie allerdings häufiger. Foto: dpa

Angaben in Prozent n. e. = nicht ermittelt	Repräsentativ-Befragung Erwachsene Niedersachsen 2014		Repräsentativ-Befragung Schüler Deutschland 2007/2008	
	deutsch	Migrations- Hintergrund	deutsch	Migrations- Hintergrund
Ladendiebstahl	0,7	0,9	12,4	15,5
Fahrraddiebstahl / Fahrzeugdiebstahl	0,1	0,4	3,7	7,0
Diebstahl persönlicher Sachen / Einbruchdiebstahl	0,2	0,1	2,2	3,7
Sachbeschädigung	0,5	1,0	14,3	15,3
Körperverletzung	0,3	1,1	9,9	16,5
Schwere Körperverletzung	n. e.	n. e.	2,2	4,7
Raub	n. e.	n. e.	2,0	3,9
Mindestens eine Gewalttat	n. e.	n. e.	11,5	18,5
Mindestens fünf Gewalttaten	n. e.	n. e.	3,3	6,6
Sozialleistungsbetrug	0,2	0,6	n. e.	n. e.
Steuerbetrug	2,2	1,4	n. e.	n. e.

Quelle: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen

Grafik: Erwin Klein

der Schublade geholt und aus dem Zusammenhang gerissen.

In unserer Region etwa beziffert die Polizeidirektion Braunschweig den Anteil der Migranten bei allen Tatverdächtigen für 2014 auf 21 Prozent. Das klingt bei einem Ausländer-Anteil von geschätzten zehn Prozent hoch.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik hat wie erwähnt aber große Schwächen. Hier seien ein paar genannt: So hat vieles aus der registrierten „Ausländerkriminalität“ gar nichts mit den in Deutschland lebenden Migranten zu tun. 20 Prozent der 2012 erfassten Tatverdächtigen hatten einen ausländischen Wohnsitz, es handelte sich also um grenzüber-

„Die Flüchtlinge in der Landesaufnahmebehörde in Braunschweig stehen unter Strom.“

Thomas Geese, Polizeisprecher, zu von Ausländern verübten Gewalttaten

schreitende Kriminalität. Zudem verzeichnet die Polizei auch Verstöße gegen Einreise- und Aufenthaltsvorschriften, die Deutsche gar nicht begehen können. 2013 galt das für 20 Prozent aller ausländischen Verdächtigen.

Kriminologe Baier benennt eine weitere Schwäche der Polizeilichen Statistik: Eine Überschätzung des Ausländeranteils ergebe sich auch dadurch, dass nur Fälle registriert werden, in der ein Tatverdächtiger angezeigt wird. „Aus Befragungsstudien ist bekannt, dass Täter, die eine fremdländische Herkunft haben, deutlich häufiger angezeigt werden als einheimische Täter“, sagt Baier.

Kriminologen nutzen daher Behelfsmittel, sogenannte Dunkelfeldstudien. Diese sind meist als repräsentative Befragungen von Deutschen und Migranten angelegt. Die Befragten, Erwachsene oder Schüler, geben an, ob sie im Vorjahr Straftaten begangen haben oder nicht, und um welche es sich handelt – unabhängig davon, ob sie angezeigt wurden. Auch

hier kommt es zu Ungenauigkeiten. Die Wissenschaftler gleichen die Ergebnisse daher mit der Polizeilichen Kriminalstatistik ab (siehe Grafiken).

In der Tat zeigen die Dunkelfeldstudien bei vielen Deliktarten keine oder nur geringe Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern. Größere Unterschiede sind aber beim Gewaltverhalten festzustellen. Demnach hat zwar nur etwa einer von Hundert Erwachsenen laut eigener Aussage im zurückliegenden Jahr eine Körperverletzung begangen, das ist aber fast viermal so viel wie bei den Deutschen. Bei den Schülern liegen die Zahlen zum Teil doppelt so hoch. „Darüber muss man reden“, sagt Baier.

Er und sein Kollege haben unterschiedliche Erklärungsansätze. Baier sieht die Ursachen in kulturellen Unterschieden begründet. So gebe es bei Ausländern Wertehaltungen, die Gewalt zur Verteidigung der Ehre gutheißen. Der Islam spiele eine Rolle. So sei bei Muslimen zwar der Kontakt zu

Straftätern oder Alkoholkonsum entscheidender, aber Baier will erkannt haben: „Während die christliche Religiosität eher gewaltpräventiv wirkt, steigt mit zunehmender muslimischer Religiosität das Gewaltverhalten.“

Kriminologe Walburg widerspricht. Seiner Meinung nach liegen höhere Gewaltquoten bei Ausländern an geringerer Bildung. „Beobachtungen in Hannover und Duisburg zeigen: Wenn sich die Bildungsteilnahme junger Migranten der von Deutschen nähert, gehen Unterschiede in der Gewaltbelastung zurück.“ Zudem sei seit 2005 bereits ein Rückgang von rund 30 Prozent bei von ausländischen Jugendlichen verübten Gewalttaten zu verzeichnen.

Thomas Geese, Sprecher der Polizeidirektion Braunschweig, betont, dass Gewalttaten oft in Flüchtlings-Unterkünften untereinander verübt würden, etwa in der Landesaufnahmebehörde in Braunschweig. Die Situation sei dort angespannt. „Die stehen unter Strom“, sagt Geese.

Zuwanderer – Angst vor den Armen

Braunschweig. Asylbewerber seien oft Wirtschaftsflüchtlinge – behaupten Pegida und die AfD. Doch die Fakten zeigen: Die größte Gruppe unter den Asylsuchenden sind Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkrieg. 2014 stellten laut Bundesamt für Migration 40 000 Syrer in Deutschland einen Asylantrag. Das waren 23 Prozent aller Anträge. Danach folgen Flüchtlinge aus Eritrea – dort herrscht eine Militärdiktatur –, und Flüchtlinge, die als Roma in Serbien und Albanien Diskriminierung ausgesetzt sind. Diese Aufstellung zeigt: Wer Asyl sucht, kämpft oft ums nackte Überleben.

Flüchtlinge aus dem Kosovo suchen ein besseres Leben

Etwas anders sieht es bei den Flüchtlingen aus dem Kosovo aus. Seit Jahresbeginn kommen Tausende nach Deutschland, hoffen auf Arbeit und ein besseres Leben. Die Diskussion über den Umgang mit ihnen wird kontrovers geführt, ihre Asylverfahren sollen radikal verkürzt, die Abschiebungen beschleunigt werden. Laut Integrationsministerium liegt ihre Chance auf Asyl bei einem Prozent.

Die Vorstellung, Deutschland leide unter einer „Armutseinwanderung in die Sozialsysteme“, bezieht sich inzwischen auch stark auf Migranten innerhalb der EU. Es herrscht volle Freizügigkeit. Das betrifft vier Freiheiten: Reisefreiheit, Dienstleistungsfreiheit, Niederlassungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Besonders Einwanderer aus Rumänien und Bulgarien stehen im Verdacht, sich Leistungen zu erschleichen. Der Staatssekretärs-Ausschuss der Großen Koalition meldete eine Konzentration der Leistungsempfänger aus Rumänien und Bulgarien in wenigen Städten, vor allem in NRW.

Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln von 2014 zeigt jedoch, dass zugewanderte Bulgaren und Rumänen gut ausgebildet sind. Ihr Akademikeranteil etwa liegt bei 25 Prozent. Sie können helfen, den Fachkräftemangel abzufedern. ad

Familien-Clans bilden in unserer Region eine Parallelgesellschaft

Viele Migranten sind gut integriert. In Salzgitter, Peine und Wolfsburg aber fordern abgeschottet lebende M-Kurden den Staat heraus.

Unser Leser
Gerd-Peter Benthe
aus Wolfsburg fragt:

Welche Gewähr gibt es, dass ausländische Gruppen ihre Konflikte in Deutschland nicht austragen?

Die Antwort recherchierte
Andre Dolle

Braunschweig. Viele Migranten, die bei uns leben, sind gut integriert. Das belegt eine Stichprobe des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung für das Bundes-

gebiet. Demnach haben 85 Prozent der Migranten, die länger in Deutschland leben, soziale Kontakte zu Menschen ohne Migrationshintergrund.

Doch es gibt sie, die viel zitierten Parallelgesellschaften – auch in unserer Region. Sogenannte Mhallamiye-Kurden, kurz M-Kurden, drohen, sie schüchtern Richter, Polizisten und Zeugen ein. Sie greifen sogar zur Waffe. Immer wieder haben Polizei und Justiz mit den Familien-Clans zu tun, die nach eigenem Recht und Gesetz handeln. Die M-Kurden leben zumeist in Norddeutschland, in unserer Region in Salzgitter, Peine und Wolfsburg.

Axel Werner, Leiter der Zentralen Kriminalinspektion Braun-

schweig, beziffert ihre Zahl in der Region auf bis zu 550. Er sagt: „Wir haben es bei einzelnen Familien-Clans mit einem deutlichen Maß an Gewalt zu tun.“ Die Clan-Mitglieder lehnten unseren Staat ab, hätten archaische Vorstellungen von Ehre. Das Kernproblem sei die totale Abschottung.

Die Straftaten der M-Kurden haben im Bereich der Polizeidirektion Braunschweig, von den Kreisen Gifhorn bis Goslar also, in den vergangenen Jahren stark zugenommen. 2005 waren es 8 Straftaten, von 2010 bis 2014 bis zu 90 Straftaten im Jahr. Das betrifft den Handel mit Kokain, Marihuana und Amphetaminen sowie Zigarettenmuggel, vor allem aber handelt es sich um Körper-



Axel Werner,
Polizeidirektion
Braunschweig.



Autor und Fernsehjournalist
Joachim Wagner.

verletzungen. Diese drastische Zunahme der Straftaten liegt aber auch daran, dass die Polizei die M-Kurden weitaus stärker ins Blickfeld genommen hat.

In Salzgitter sorgte vor knapp zwei Jahren eine Schießerei auf offener Straße zwischen zwei Großfamilien für Aufsehen. Ein Jahr zuvor kam es zum „Ampelmord-Prozess“: Weil ein Clan-

Mitglied bei Hildesheim den Liebhaber seiner Frau an einer Ampel erschossen hatte, wurde er zu lebenslanger Haft verurteilt. Zeugen gerieten unter Druck, der Richter erhielt Morddrohungen, stand unter Polizeischutz.

Der Autor und Fernsehjournalist Joachim Wagner warnt in seinem Buch „Richter ohne Gesetz“ vor einer islamischen Paralleljustiz. „Die Clans leben in alten Stammesstrukturen“, sagt er. Sie regelten Straftaten innerhalb der Familie oder mit anderen Sippen selbst. Oft käme es zum Einsatz sogenannter „Friedensrichter“ – selbst ernannte Mediatoren, die bei Auseinandersetzungen zwischen muslimischen Großfamilien vermitteln.

Das stellt Polizei und Justiz vor Probleme. Polizist Werner sagt, dass ein Problem schon darin bestünde, dass Straftaten der M-Kurden gar nicht erst angezeigt würden. „Zeugen, die aussagen wollen, werden massiv bedroht.“ Viele der M-Kurden, die schon lange in Deutschland leben, besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft. Die Ursprungsländer verweigern die Aufnahme von Mitgliedern der Volksgruppe.

Werner sieht zwei Möglichkeiten, wie man die M-Kurden davon überzeugt, dass es sich lohnt, in unserer Gesellschaft zu leben: „Wir müssen die Straftaten stringent verfolgen. Vor allem aber geht es nicht ohne Bildung, das gilt vor allem für die Kinder.“